

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Tec21**

Band (Jahr): **136 (2010)**

Heft 7: **Vom Baum zum Raum**

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

VOM BACHELOR ZUM BERUF?

Trotz der grossen Konkurrenz durch das zeitgleich terminierte «Swissbau Future Forum» (vgl. TEC21 5-6/2009, S. 12–13) war das erste SIA-Podium im Rahmen der Swissbau gut besucht. Genügt die Bachelorausbildung als Berufsbefähigung? So die Frage, der aus der Sicht der Praxis nachgegangen werden sollte. Das Gespräch zwischen den Architektinnen Nathalie Rossetti und Rita Schiess sowie den Bauingenieuren Jean-Claude Badoux und Mathis Grenacher moderierte TEC21-Chefredaktorin Judit Solt.

(st) Bei der abschliessenden Fragerunde merkte ein Zuhörer an, er sei von der Fragestellung überrascht gewesen: Inmitten von lauter Hochschulen mit Masterstudiengängen sei die Bachelor-Ausbildung längst ein Auslaufmodell. Tatsächlich stand auch nicht der Bachelor-Abschluss im Zentrum der Diskussion, sondern ganz allgemein die Wandlung der Ausbildungslandschaft im Zuge der 1999 unterzeichneten Bologna-Erklärung. Vor acht Jahren an den Universitäten eingeführt und vor vier Jahren an den Fachhochschulen, ist es das Ziel der Reform, die Durchlässigkeit zwischen den Schulen, aber auch zwischen den Studienrichtungen zu erhöhen. Die Mittel dazu sind das Zweistufen-system bestehend aus Bachelor und Master, wobei der Bachelor europaweit als Berufsbefähigung gelten sollte, sowie die Quantifizierung des Ausbildungsstandes über Kreditpunkte (European Credit Transfer and Accumulation System, ECTS). Den Erwartungen entsprechend waren die Ansichten der Teilnehmenden in vielen Punkten einvernehmlich und entsprachen der von Nathalie Rossetti, Mitglied der SIA-Direktion, erläuterten Position des SIA: Das für die Schweizer Ausbildungslandschaft charakteristische Erfolgsmodell der Dualität muss weiterhin gestärkt werden. Die Ausbildung von Ingenieuren und Architekten muss eine ganzheitliche sein, erst danach soll die Spezialisierung erfolgen. Einig waren sich die vier Gesprächsteilnehmenden auch über die Gefährdung dieser Grundsätze infolge der Reform. Befürchtungen äusserten die Fachleute auch bezüglich einer Nivellierung der hochwertigen Schweizer Ausbildungslandschaft nach unten, zum europäischen Durch-

schnitt hin. Für eine umfassende Kritik sei es allerdings noch zu früh, so der Grundtenor. Dennoch gaben die Gäste wenn auch nicht überraschende, so doch klare Statements ab, und das Podium schloss mit Aufforderungen an die Berufsverbände und Architektur- und Ingenieurbüros.

MEHR PRAXISNÄHE

Wenn auch in den Grundsätzen Konsens herrschte, beleuchteten die Gäste unterschiedliche Facetten der Problematik: Rita Schiess, die auf eine 30-jährige Erfahrung als Büroinhaberin zurückblickt, wies auf den akuten Mangel an hoch qualifizierten Bauleitern und Konstrukteuren in Architekturbüros hin, der sich auch in den Löhnen widerspiegelt. Zuoberst auf der Skala sind Bauleiter, danach folgen qualifizierte Konstrukteure, Entwurfsarchitekten steigen ganz unten ein. Schiess wie auch Rossetti waren sich darin einig, dass ein Bachelor keine Berufsbefähigung sei. Drei Jahre genügen nicht, um das Handwerk zu erlernen. Dem schloss sich auch Jean-Claude Badoux an, wenn auch mit anderer Begründung: Wohl noch mehr als in der Architektur sei im Ingenieurwesen die Forschungserfahrung, die erst im Masterstudiengang vermittelt wird, essenziell. Auch Badoux wies auf den schwindenden Praxisbezug hin und forderte die Hochschulen dazu auf, bei der Wahl von Professoren weniger auf die Anzahl von Publikationen zu achten als wieder vermehrt auf den Leistungsausweis in der Praxis. Dass heute ein Drittel der Fachhochschulabgänger über eine Maturität, nicht aber über eine Lehre verfügt, auch das betrachtet er als bedenkliche Entwicklung im Zuge der Bologna-Reform. Im Hinblick auf die Gefahr einer Nivellierung nach unten machte der ehemalige Präsident der EPFL schliesslich auf die problematischen Auswirkungen des Punktesystems aufmerksam. Mit den ECTS stünde Studenten nun auch der «weiche Weg» offen. Um dem Qualitätsverlust entgegenzuwirken, fordert Badoux die Hochschulen zum «Mut zum Elitären auf», indem beispielsweise Studenten mit zu geringem Leistungsausweis abgewiesen werden. Hier wiesen Solt und Grenacher auf den Druck nach hohen Studentenzahlen hin, dem vor allem die Fachhochschulen ausgesetzt sind. Kurz vor der Umsetzung der Bologna-Reform wurde 1995 das neue Fach-

hochschulgesetz eingeführt, das eine Zusammenlegung der schweizweit rund 65 Teilschulen auf die heute sieben öffentlich anerkannten Fachhochschulen mit sich gebracht hat. Jetzt herrscht ein Seilziehen um Masterstudenten. Die Frage blieb aber leider im Raum stehen.

AUFFORDERUNGEN

Zu einer Diskussion war es an diesem Morgen nicht gekommen. Dazu waren die Ansichten der Gäste zu verwandt. Doch das Podium schloss mit drei Aufforderungen, die es verdienen, verfolgt zu werden:

- An die Ingenieur- und Architekturbüros: eine grössere Praxisnähe einzufordern, indem sie beispielsweise von ihren Lehrlingen ein Baustellenpraktikum fordern.
- An die Hochschulen: bei der Wahl der Lehrkörper auf Praxis zu setzen und bei den Studierenden den Mut zu Qualität vor Quantität zu haben.
- An den SIA: eine Übersicht innerhalb des vorliegenden «Master-Salats» zu verschaffen und «starke Worte» zugunsten seines Leitbilds zu sprechen. Dies nicht nur in Bezug auf die Ausbildung im Bereich der Bauberufe, sondern die Gesamtheit der Ingenieurberufe mit eingeschlossen!

SWISSBAU 2010 IM RÜCKBLICK

Viel Betrieb und eine gewisse Unübersichtlichkeit sind das Charakteristikum von Messen. Umso wichtiger ist es für die Aussteller, einzelne wertvolle und unvergessliche Orientierungspunkte anzubieten. Für den SIA als Aussteller und einer der Hauptsponsoren war die «grösste Schweizer Baumesse» in dieser Hinsicht ein abgerundetes Ereignis. Mit einem fulminanten Konzert des Schlagzeugvirtuosen Jojo Mayer nahm die Woche im SAM ihren Anfang (die filmische Aufzeichnung von Marc Schwarz ist auf YouTube abrufbar: www.youtube.com). 24 Stunden später konnte der SIA den silbernen Swissbau Design Award für Top-Standbauten entgegennehmen (TEC21 5-6/2010). An seiner unverkennbaren Anlaufstelle aus hoch aufragenden Armierungseisen bot der SIA Informationen zu seinen vier Dienstleistungsbereichen Normen und Ordnungen, Recht, Weiterbildung und Service an, die jeweils nachmittags zusätzlich durch Kurzreferate zu ausgewählten Themen veranschaulicht wurden. Begleitend zum Informationsanlass gaben gut besuchte Podiumsdiskussionen zu den brisanten Themen «Vom Bachelor zum Beruf», «Bauharmonisierung» und «Raumkonzept Schweiz» Anlass für einen intensiven Diskurs, der unbedingt fortgesetzt werden muss! Die Berichte sowie ein Rückblick in Bildern stehen auf der SIA-Website bereit: www.sia.ch/swissbau

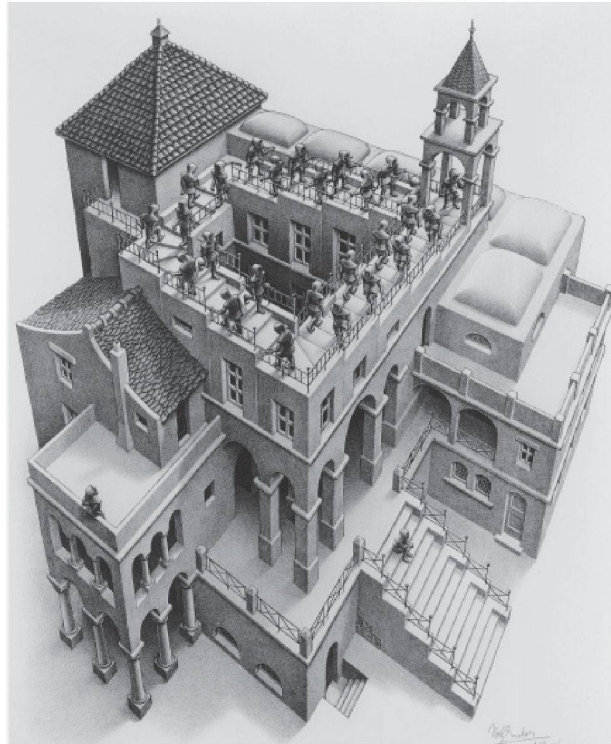
HELFEN NORMEN ODER HINDERN SIE?

Obwohl die Baunormenharmonisierung ein Anliegen vieler Akteure auf dem Bau ist, kommt sie nur schleppend voran. Warum? Am zweiten SIA-Podium im Rahmen der Swissbau diskutierten Fachleute unterschiedlichen Hintergrunds über mögliche Wege, eine Überregulierung zu verhindern. Unter der Moderation von Martin Grether sprachen Pierre Ehrensperger, Mario Fontana, Markus Gehri, Daniel Lehmann und Herbert Tichy.

(st) «Baunormenharmonisierung – ein Wort so komplex wie das Thema, das es repräsentiert», mit diesen Worten leitete Martin Grether das zweite SIA-Podium an der Swissbau ein. Der Einstieg ins Thema wurde über kurze Inputreferate von Markus Gehri, Leiter Normen und Ordnungen SIA, und Herbert Tichy, Geschäftsleiter der Koordinationskonferenz der Bau- und Liegenschaftsorgane der öffentlichen Bauherren (KBOB) gemacht. Gehri machte auf die Problematik der europäischen Normenpolitik aufmerksam, der sich die Schweiz nicht mehr entziehen kann. Laut dem europäischen «New Approach» sind Gesetze nur noch sehr rudimentär gehalten. Umso mehr Normen treten an ihre Stelle. Während es heute 178 SIA-Normen gibt, sind es mindestens zehn Mal so viele europäische Normen, deren grosse Anzahl allem voran auf den exponentiellen Zuwachs von Produktnormen zurückzuführen ist. Im Anschluss an Gehris Ausführung machte Tichy auf vier Bereiche aufmerksam, wo seiner Ansicht nach Handlungsbedarf besteht: Eine klarere Unterscheidung der Aufgaben von Normen und Gesetzen; mehr Einfluss der Schweiz auf das europäische Normenschaftern; die Klärung der Beziehung des Normenwesens zur Wirtschaft bzw. zum Thema Sicherheit; die Reduktion der Rechtszersplitterung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden. Eine Lösung der Problempunkte hatte Tichy schon parat: Die Schaffung eines breit abgestützten Gremiums, das Vordenker sein soll und über alle Facetten hin eine Lenkungsfunktion übernimmt.

BEI DEN PLANERN BEGINNEN

Im Grundsatz waren sich alle Gäste darin einig, dass Normen notwendig sind, dass aber der heutigen Tendenz von immer mehr



01 Dilemma vielzähliger Richtwerte. M.C. Eschers «Ascending and Descending» (Bild: ©2010 M.C. Escher Company-Holland)

unterschiedlichen Normen, Richtlinien und Gesetzen etwas entgegengestellt werden muss. In der Tat ist die Rechtszersplitterung, mit der es die Schweiz zu tun hat, beeindruckend: Neben den bereits von Gehri erwähnten Schweizer Normen und europäischen Normen verwies Daniel Lehmann, Direktor des Schweizerischen Baumeisterverbandes (SBV), auf die verschiedenen Richtlinien und Baugesetze der 26 Kantone – zum Beispiel zur Berechnung der Gebäudehöhe – und die Baureglemente von rund 2600 Gemeinden und machte auf die logistische und auch finanzielle Notwendigkeit einer Zusammenführung aufmerksam. Im Lauf der einstündigen Diskussion wurden die Ursachen für die Zersplitterung knapp und nachvollziehbar dargelegt. Eingangs machte Tichy nochmals auf das ursprüngliche Ziel der vor 20 Jahren eingeführten europäischen Harmonisierung aufmerksam: Der freie Handel innerhalb Europas, sei es mit Produkten – auf welche ein Grossteil der Misere des Europäische-Normen-Salates zurückzuführen ist –, aber auch mit Zertifikaten und Prüfungen, beispielsweise Materialprüfungen von der Empa. Um die Machbarkeit einer Harmonisierung zu veranschaulichen, ver-

wies der Architekt Pierre Ehrensperger auf die Energienorm bzw. der Ingenieur und ETH-Professor, Mario Fontana, auf die Brandschutznorm, mit dem wohlbekanntesten Zitat: «Seit 1993 brennt es in allen Kantonen gleich.» Allerdings gab Fontana zu bedenken, dass beim Brandschutz ein grosser Teil des Erfolgs an der sehr hohen Fremdkontrolle liegt. Weshalb die Harmonisierung trotz den offensichtlichen Vorteilen so harzig verläuft, dafür wurde die europäische Politik der Produktnormen ebenso verantwortlich gemacht wie der Schweizer Föderalismus und nicht zuletzt die am Bau beteiligten Fachleute selbst. «Es gibt nicht nur technische Normen, es gibt auch Vertrags-

normen», erklärte Lehmann. Sowohl bei Planern wie auch Unternehmern sind zwei bis zu vier Seiten Ausnahmen und Zusätze zu den Normen keine Seltenheit, waren sich die Teilnehmer einig. «Wir müssen bei uns beginnen und erst dann zu den Kantonen und Gemeinden gehen!», so das gemeinsame Fazit.

LEITPLANKEN

NACH UNTEN UND OBEN

Bei der regen Fragerunde im Anschluss an die Diskussion kamen noch einige wesentlichen Aussagen dazu: «Wird heute die juristische Absicherung als wichtiger erachtet als der technische Inhalt? Schwellen die Normen daher so an?», fragte Grether zum Abschluss, was Lehmann deutlich bejahte. Gehri fügte allerdings an, dass die Vielfalt der Normen auch die zunehmende Komplexität widerspiegeln: Dämmvorschriften ziehen Dichtungsvorschriften nach sich und diese wiederum Lüftungsvorschriften usw. Und nicht zuletzt stellte Gehri klar: «Normen sind Leitplanken, nicht nur nach unten hin, sondern auch nach oben.» Gerade heute und wohl noch mehr in Zukunft sind sie daher ein wichtiger Schutz der Planenden vor unverhältnismässigen Anforderungen.

LEBENSRAUM SCHWEIZ 2030

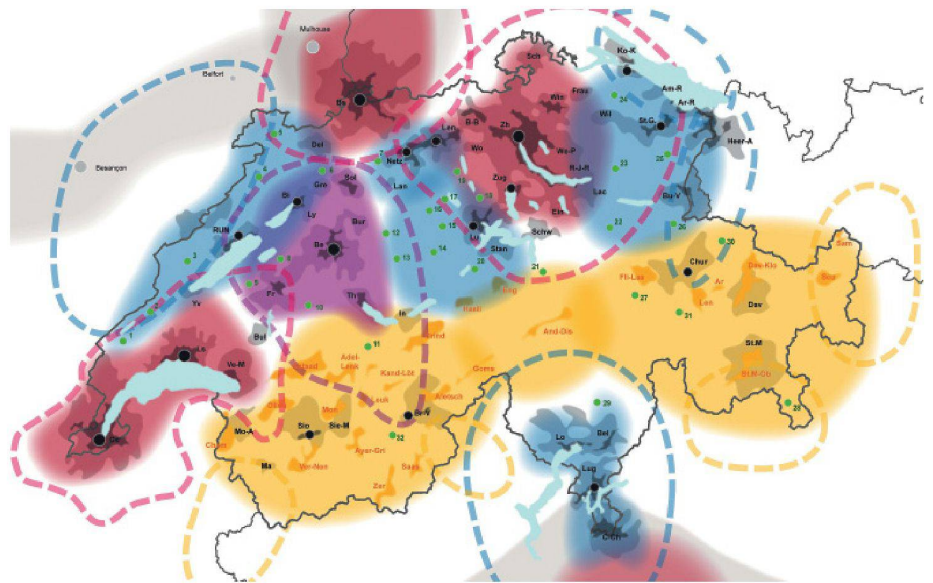
Mit einem raschen Vordringen zum Kern der Problematik «Raumkonzept Schweiz» fand die Podiumsdiskussions-Reihe des SIA an der Swissbau einen fulminanten Abschluss. Unter der Moderation von Hans-Georg Bächtold sprachen Peter Beyeler, Daniel Kündig, Maria Lezzi und Hans-Peter Wessels.

(st) «Hat die Zukunft eine Schweiz», zitierte SIA-Generalsekretär Hans-Georg Bächtold den Titel eines NZZ-Artikels vom 14. Januar 2010 und stellte zum Einstieg gleich eine Gegenfrage: «Ja, die Frage ist, wie viele?» Entgegen der üblichen Aufstellung hatte der Moderator dieser Runde ganz aussen Platz genommen. Zu Recht: Die fachlich und rhetorisch hoch dotierte Runde bedurfte nur wenig Moderation. Am Ende hatte der Moderator im Grunde drei Fragen an die Gäste gerichtet: Was ist der Lebensraum Schweiz 2030? Was sind Ihre Wünsche? Was wird in Ihrem Ressort konkret unternommen?

AUFWEICHEN DER GRENZEN

«Zukunft hat Herkunft», erklärte Maria Lezzi, seit 2009 Direktorin des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE), ihr Bild für den «Lebensraum 2030». Daraufhin unterstrich sie die hochwertige Vielfalt der Schweiz und forderte zu einer Stärkung der einzelnen Profile auf. Gleichzeitig betonte sie aber auch die Notwendigkeit, die politischen Grenzen zugunsten funktionaler Räume aufzuweichen. Als wesentliches Mittel dazu rief sie zur Zusammenarbeit auf, und zwar vertikal wie horizontal. «Jedes Bundesamt leistet gute Arbeit», erklärte sie. Doch fehle es an Übersicht und Abstimmung. Die Rolle des ARE sieht sie in der Koordination der Ämter, nicht aber im Erteilen von Vorschriften.

Der von Lezzi skizzierten Stossrichtung – weichere politische Grenzen zugunsten funktionaler Räume – schlossen sich im Grundsatz alle übrigen Diskussionsteilnehmer an. Ihrem jeweiligen Ressort entsprechend legten sie diese Grundlage allerdings auf unterschiedliche Weise aus. Angesichts des wirtschaftlichen Wachstums der Metropolitanregion Basel – seit 15 Jahren ungebrochene Spitzenreiterin der Regionen – betonte Regierungsrat Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartements



01 Ausschnitt aus dem Entwurf «Raumkonzept Schweiz»: Handlungsräume grossstädtischer (rot/violett), mittel- und kleinstädtischer (blau) und alpiner Prägung (gelb) (Bild: ARE)

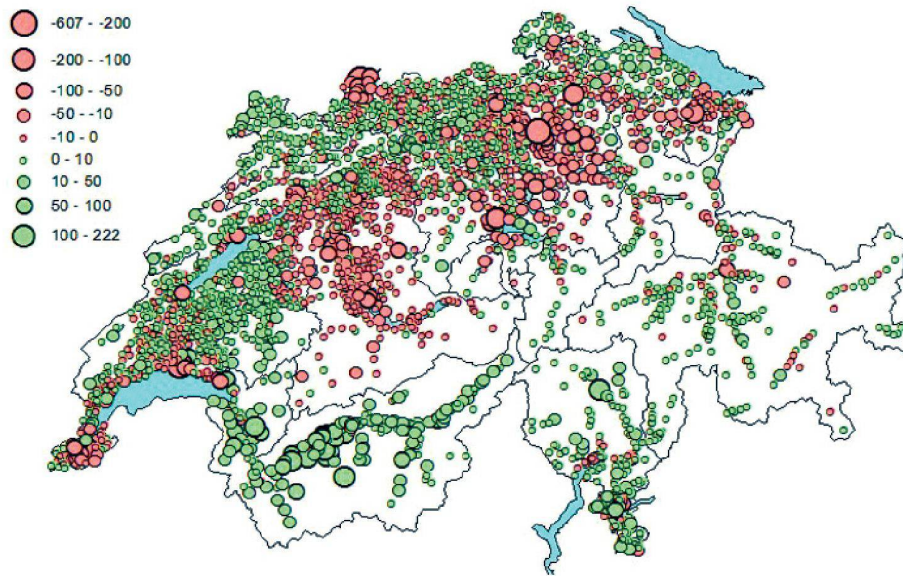
Basel-Stadt, zunächst die Notwendigkeit einer besseren internationalen Vernetzung. Auf die gleiche Frage konterte Wessels Kollege im Kanton Aargau, Peter Beyeler: «Wie entwickelt werden soll, ist eine einfache Frage. Aber was geschieht, wenn diese Entwicklung gar nicht geschehen kann?» Dazu berief er sich auf eindrückliche Zahlen für die Region Aargau, wo bis 2030 gemäss Prognosen 6 Millionen zusätzliche Quadratmeter Wohnfläche benötigt werden. «Die Raumentwicklung folgt der Nachfrage und lässt sich nur schlecht planen», so der Aargauer Vorsteher des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt, Konzepte seien daher möglichst offen zu halten. In der Folge wies Beyeler darauf hin, dass sich der bestehende Entwurf für ein «Raumkonzept Schweiz» an einer «heilen Welt» orientiert, die angesichts der grossen Finanzierungsprobleme zum Beispiel im Bereich der Infrastruktur längst überholt ist: «Die SBB kauft jetzt Doppelstöcker, weil die Bahnhöfe keine längeren Züge erlauben», schloss er seinen trefflichen Abriss.

SIA-Präsident Daniel Kündig stimmte Beyelers Analyse zu: «Wie sieht der Lebensraum 2030 aus? Wir wissen es nicht.» Der heutige «Siedlungsbrei» sei das Ergebnis der Nachfrage, erklärte Kündig, die ihrerseits das Ergebnis einer mehr oder weniger schlauen Infrastrukturplanung sei: siehe Zürcher S-Bahn oder Autobahnanschluss Knonaueramt. Beispiele gibt es zur Genüge.

WIRTSCHAFTSURBANISMUS

«Es ist die Frage nach dem Huhn und dem Ei», bemerkte gegen Ende der Diskussion ein Zuhörer. Was war zuerst da? In diesem Fall sind die Ursachen der Fehlentwicklung leicht zu bestimmen: «Die Finanzen werden sträflich vernachlässigt», so das Fazit von Kündig. Weniger einfach ist aber die Behebung der Ursachen: Maria Lezzi forderte, dass die bisher geschlossenen Bereiche Raumplanung und Immobilienwirtschaft vermehrt ineinandergreifen, Daniel Kündig schnitt das Thema der Opportunitätskosten an: «Wie viel darf das Wohnen im Fricktal kosten, wenn es Pendlerverkehr verursacht?» Beyeler propagierte schliesslich einen «Wirtschaftsurbanismus». So nachvollziehbar die Forderungen sind, so utopisch tönen sie noch immer. Dass die wirtschaftliche Komponente des Verkehrs laut Beyeler erstmals im letzten Jahr beim Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) thematisiert worden ist, mag nicht so recht optimistisch stimmen. Und die Rolle des SIA? Als Verein unabhängiger Experten sieht Kündig diese in der Erarbeitung von Expertisen. «Wenn die Zukunft eine Schweiz haben soll, muss jetzt daran gearbeitet werden!», konnte Hans-Georg Bächtold das Podium gerade noch mit dem Schlusszitat aus dem NZZ-Artikel beenden. Danach musste der Saal – Ironie des Anlasses – mangels Platz geräumt werden.

BAUEN AM RICHTIGEN ORT



01 Bauzonen am falschen Ort: Defizit Baulandreserven in Agglomerationen der Grosszentren (rot) und Überangebot in agrarischen Gemeinden (grün) (Bild: ARE)

Erstmalig waren die Fachverbände mit gemeinsamen Anlässen an einer Sonderschau der Swissbau vertreten. Der FSU engagierte sich zusammen mit weiteren Berufsgruppen des SIA sowie dem VLP-ASPAN und der sanu. Ziel war es, das Kongressthema Nachhaltigkeit nicht nur aus Gebäudesicht zu beleuchten, sondern im Kontext der Raumentwicklung zu diskutieren und einem breiten Publikum näherzubringen.

Nachhaltigkeit in der Raumentwicklung hat nach wie vor modellhaften Charakter, dies wurde am Themenanlass vom 16. Januar 2010 unter dem Motto «Bauen am richtigen Ort» deutlich. Vorgestellt wurden drei Stadtentwicklungsprojekte an verschiedenen Lagen mit unterschiedlichen Entwicklungsständen. Gemeinsam ist ihnen die Vision einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

Fritz Schumacher, Kantonsbaumeister von Basel-Stadt, stellte am Beispiel des Dreispitz-Areals in Basel die entscheidenden Herausforderungen der Planung einer nachhaltigen Innenentwicklung dar. Susanne Fischer vom Amt für Raumplanung des Kantons Basel-Stadt präsentierte das Projekt «Salina Raurica», die Entwicklung eines Siedlungsschwerpunkts im Agglomerationsraum von Basel zwischen Rheinsalinen und Schweizerhalle. Ursula Wyss, Präsidentin des Fördervereins

Waldstadt Bremer, stellte die Vision zur Stadterweiterung Bern durch die Waldstadt Bremer vor. An der anschliessenden Podiumsdiskussion nahmen neben den Referierenden Martin Vinzens vom Bundesamt für Raumentwicklung, Landschaftsarchitekt Toni Weber, W+S Landschaftsarchitekten, sowie Architekt Michael Koch, Partner yellow z Zürich/Bern, teil.

Nachhaltigkeit muss mit konkreten Projekten belegt werden – dies wurde in der Diskussion von verschiedenen Seiten gefordert. Nur über Demonstrationsprojekte kann der Nutzen auf lange Sicht überzeugend belegt und sichtbar gemacht werden. Zudem ist die Initiierung von Modellvorhaben wesentlich, um aus Erfahrungen und Prozessen zu lernen

und dadurch neue Wege beschreiten zu können. Ursula Wyss demonstrierte dies eindrücklich an der Fragestellung der Waldstadt Bremer: Selbst wenn durch eine Einzonung verbunden mit Waldrodung ein raumplanerischer Widerspruch besteht – ist eine Stadterweiterung der Kernstadt anstelle einer Entwicklung im Agglomerationsraum nicht ein nachhaltigerer Beitrag gegen die Zersiedlung? Fritz Schumacher forderte mehr Radikalität im raumplanerischen Handeln und Denken, insbesondere in den Planungsansätzen: Vielleicht brauche es «Tabubrüche», wie dies an der Waldstadt Bremer offensichtlich wird, und immer wieder ein grundsätzliches Hinterfragen geeigneter Standorte für eine nachhaltige Entwicklung. Schliesslich forderte Schumacher dazu auf, die Gunst der derzeitigen Trends zu städtischem Wohnen zu nutzen, um die konzentrierte Verdichtung zu stärken. Martin Vinzens wies auf die grundlegende Bedeutung einer regionalen Sicht hin, vor allem bei der Ermittlung nachhaltiger Standorte für Bauzonen. Mit Spannung darf diesbezüglich der Revision des Raumplanungsgesetzes entgegengeblückt werden. Denn, wie die Planungsfachleute ausführten, sobald es um Steuerungsmöglichkeiten bei der Allokation und Entwicklung von Flächen geht, sind dem planerischen Handeln enge Grenzen gesetzt. Vor diesem Hintergrund unterstrich Susanne Fischer die Bedeutung der Partizipation und forderte dazu auf, von Planungsbeginn an die Akteure mit einzubeziehen. Dann würden nämlich die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung gestellt.

Nicole Wirz, Redaktorin Collage, wirz.n@gmx.ch



02 Vorschlag zur Stadterweiterung von Bern durch die Waldstadt Bremer (Satellitenbild: swisstopo)